



HESSISCHER LANDTAG

08. 09. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Studie und Maßnahmen gegen Jugendgewalt in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Die im Frühjahr 2009 vom Bundesinnenministerium und Niedersächsischen Kriminologischen Forschungsinstitut vorgelegte Studie mit dem Titel "Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt" hat den erschreckenden Befund zu Tage befördert, dass rechte Gedanken und rechtes Gewaltpotenzial in einem allarmierenden und bisher nicht erkanntem Ausmaß unter Jugendlichen verbreitet sind.

Die Verbreitung von latent bis offen rechtsextremistischen Ansichten bei bis zu einem Drittel der Bevölkerung ist eine Aufforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien, sich mit aller Entschlossenheit für ein demokratisches, friedliches und multikulturelles Miteinander und gegen menschenverachtende, rassistische und ausgrenzende Ideologien in unserer Gesellschaft einzusetzen.

Die Wahlerfolge der neo-faschistischen NPD, die trotz aller politischen Skandale und Verwicklungen in verbrecherische Übergriffe auf Andersdenkende erneut in den Sächsischen und beinahe in den Thüringischen Landtag einzog, zeigen, dass so lange die NPD nicht verboten wird, sie verstärkt über gesellschaftliche Aufklärung, Prävention und langfristig angelegte Projekte der Jugend-, Integrations- und Sozialarbeit bekämpft werden muss.

Erfolgreiche Jugend- und Präventionsarbeit setzt Kenntnis von rechten Gedanken und Strukturen in unserer Gesellschaft und unter Jugendlichen voraus, die bis zum heutigen Tag für Hessen nicht ausreichend bekannt und evaluiert sind.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine mit der Studie "Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt" vergleichbare und breit angelegte Studie zur Evaluation von Jugendgewalt, der Verbreitung rechter Gedanken und Gewaltpotentiale unter Jugendlichen in Hessen zu erstellen.

Die Studie soll dem Landtag und seinen Gremien bis vor der Sommerpause 2010 zur Beratung vorgelegt werden. Der Landtag wird auf Basis der Studie Schlussfolgerungen treffen und langfristige Maßnahmen beschließen, um der Jugendgewalt und Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts aktiv entgegen zu wirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. September 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler